

Landeshauptstadt Magdeburg
Änderungsantrag

DS0126/07/9 öffentlich

Zum Verhandlungsgegenstand	Datum
DS0126/07	13.04.2007

Absender	
Fraktion Die Linkspartei.PDS	
Gremium	Sitzungstermin
Stadtrat	26.04.2007
Finanz- und Grundstücksausschuss	18.04.2007
Stadtrat	16.04.2007

Kurztitel
Untersetzung der Konsolidierungsvorgaben aus dem Zustimmungsbeschluss zu den kommunalaufsichtlichen Entscheidungen des Landesverwaltungsamtes vom 02.02.2007 zur Haushaltssatzung 2007 der Landeshauptstadt Magdeburg

Der Stadtrat möge in der Anlage 3 ergänzen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Vorschläge der Fraktion Die Linkspartei.PDS in die Übersicht der Anlage 3 auf zu nehmen.

Begründung:
Erfolgt mündlich.

Hans-Werner Brüning
Fraktionsvorsitzender

Anlage

Anlage zu Änderungsantrag DS0126/07/9 der Fraktion Die Linkspartei.PDS

lfd. Nr.	Kurztitel der vorgeschlagenen Maßnahme	Geschätztes Einsparvolumen / Mehreinnahme	Bemerkungen
1	Beteiligung der Stadt an den Steuermehreinnahmen des Landes		Gemeinsame Forderung von OB und SR
2	Konkrete Untersetzung der Zusage (?) des Landes zu Zahlungen aus dem Ausgleichsstock	mehrere Mio. €	DS des OB erforderlich
3	Kein Verkauf der Wobau GmbH		
4	Kein Verkauf der MVB		
5	Kein Verkauf des Klinikums		
6	Kein Verkauf der Altenpflegeheime		
7	Verzicht auf den Tunnelbau zwischen Damaschkeplatz und Otto-von-Guericke-Straße		
8	Verzicht auf eine städtische Flughafengesellschaft; Reduzierung auf durchschnittliche Betriebskosten	mdst. 500 T€	
9	Übertragung der Liegenschaftsverwaltung des Gewerbegebietes (FHM GmbH) auf die GWM		
10	Verzicht auf ein eigenständiges Dezernat Wirtschaftsförderung und Reformierung der jetzigen Strukturen mit Dezernat und Servicegesellschaft	mdst. 300 T€	Einnahmeverbesserung und Zuschusskürzung
11	Weitestgehender Verzicht auf Neubau oder grundhaften Ausbau von Straßen		
12	Nochmalige Prüfung der Sanierung von Schulen mittels PPP hinsichtlich der zusätzlichen Belastung des Verwaltungshaushaltes gegenüber herkömmlicher Sanierung		Rechnungshofpräsidenten empfehlen PPP nicht zur HH-Konsolidierung; gegebenenfalls Forderung an Land zur Kreditgenehmi-

			gung für Sanierung ohne PPP
13	Verzicht auf Fortsetzung eigenständiger archäologischer Grabungen v.a. im südlichen Stadtzentrum		Kürzung von Mitteln des Stadtplanungsamtes
14	Verzicht auf Produktion von Broschüren aus dem Stadtplanungsamt während des Konsolidierungszeitraumes		Kürzung von Mitteln des Stadtplanungsamtes
15	Prüfung der Kosten für öffentliche Bekanntmachungen der Stadt und Suche nach kostengünstigeren Wegen der Bürgerinformation, die auch alle Magdeburger(innen) erreicht		
16	Abbau von Doppelstrukturen bei der Vermarktung der Stadt und ihrer Einrichtungen v.a. im touristischen und kulturellen Bereich		
17	Abbau von Doppelstrukturen bei Serviceleistungen und Beschaffung		
18	Prüfung des Vertrages mit der KID zwecks Verringerung der jährlichen Kosten; gegebenenfalls Änderung der Betriebsstruktur		
19	Verhandlungen mit dem Umland zu angemessener finanzieller Beteiligung an kulturellen, sportlichen, sozialen ... Angeboten für die Region		
20	Initiierung von Kultur- und Sozialraumgesetzen des Landes zur gemeinsamen Finanzierung von Angeboten für die Region		
21	Umsetzung des SR-Beschlusses für einen Hauptstadtvertrag		
22.	Beteiligung am Zweckverband Ostfalenpark	400 T€	